

Ottendorfer Zeitung

Lokalanzeiger und Anzeigebblatt für Ottendorf-Okrilla u. Umg.

Erscheinungstage: Dienstag, Donnerstag, Sonnabend. Bezugspreis monatlich 1.10 RM. Einmalige Entgelt für den ersten Band. Im Falle höherer Gewalt (Störungen des Betriebes der Zeitung, der Lieferanten oder der Beförderungsanstalten) hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.



Anzeigenpreis: Die 6 gespaltene mm-Zeile oder deren Raum 5 Pf. Alles weitere über Nachschlag usw. laut ausliegender Anzeigenpreisliste 2. Anzeigenannahme bis 10 Uhr mittags des Erscheinungstages. Bei fernmündlicher Anzeigenannahme wird keine Gewähr für Richtigkeit übernommen. Bei Konkurs und Zwangsvergleich erlischt jeder Anspruch.

Diese Zeitung veröffentlicht die amtlichen Bekanntmachungen der Gemeinde-Verhände zu Ottendorf-Okrilla und des Finanzamtes zu Kadobitz.

Hauptverleger: Georg Köhle, Ottendorf-Okrilla — — Vertreter: Hermann Köhle, Ottendorf-Okrilla — — Verantwortlich für Anzeigen u. Bilder: Hermann Köhle, Ottendorf-Okrilla
Postfachkonto: Leipzig 29148. Druck und Verlag: Hermann Köhle, Ottendorf-Okrilla. Otkonto: Ottendorf-Okrilla 136.

Nummer 130

Fernruf: 231

Dienstag, den 2. November 1937

Nr.: X. 265

36. Jahrgang

Aufgaben des Arztes von heute

Richtungsgebende Tagung in Dresden

Die Vielseitigkeit und Wichtigkeit des ärztlichen Aufgabengebietes im nationalsozialistischen Deutschland fand erneut Ausdruck auf der Herbsttagung der Wissenschaftlichen Gesellschaft der Deutschen Ärzte des öffentlichen Gesundheitsdienstes, Untergruppe Sachsen, die in Dresden stattfand. An der Tagung nahmen teil Amts- und Hilfsärzte der staatlichen kommunalen Gesundheitsämter, die nebenamtlichen Schul- und Fürsorgeärzte, die Vertreter des Erbgesundheitsobergerichts in Dresden, der Reichsärztekammer, des Reichsausschusses für Volksgesundheitsdienst, die Eheärzte und Hilfsärzte der Landesgesundheitsämter sowie Vertreter von Ministerien, Behörden sowie des NS-Kriegsbundes und des Rassepolitischen Amtes.

In den Vorträgen wurden die Fragen behandelt, die durch die nationalsozialistische Gesetzgebung im Gesundheitswesen, besonders durch das Erbgesundheitsgesetz, das Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses sowie das Gesetz über die Vereinheitlichung des Gesundheitswesens in den Mittelpunkt der Gesundheitsführung gerückt worden sind.

Prof. Dr. Raestrup, Leipzig, forderte die reichsgesetzlich geregelte Leichenschau aus Gründen der Rechtssicherheit und der Volksgesundheit. Neben der an allen Verstorbenen vorzunehmenden Leichenschau seien die Verwaltungsverordnungen in Fällen durchzuführen, in denen bei der Leichenschau eine Klarheit über die Todesursache nicht gewonnen werden kann.

Ueber die „Bedeutung der Geschlechtskrankheiten für den Paragrafen 1a des Erbgesundheitsgesetzes“ sprach der Oberarzt der Dermatologischen Klinik Leipzig, Dr. Döllken. Die nationalsozialistische Regierung habe auf diesem Gebiet völlige Wandlung geschaffen. Es darf jetzt keiner der Ehepartner zur Zeit des Antrages auf Ehestandsbearbeitung an einer Ansteckungskrankheit leiden. Im Ehegesundheitsgesetz vom 18. Oktober 1935 sei in Paragraph 1a festgelegt, daß Geschlechtskrankheiten während ihrer Ansteckungsgefahrlichkeit Eheuntauglichkeit bedingen. Wichtig ist, daß in Fällen, in denen die Eheuntauglichkeit aus diesem Grund verweigert wird, meistens durch ärztliche Behandlung dieses Hindernis beseitigt werden kann; der Betroffene müsse nur den ärztlichen Anordnungen pünktlich nachkommen.

Ueber „Schwere körperliche Missbildungen im Sinne des Gesetzes zur Verhütung erbkranken Nachwuchses“ sprach Prof. Dr. Boehm, Alt-Rehe (Medlenburg). Er besprach einige besonders häufig anzutreffende Missbildungen, wie die Hüftgelenkverrenkung; diese sei mit der häufigsten aller Erbkrankheiten und trete meistens bei Frauen auf. In Sachsen fallen auf 1000 Geburten zwei mit dieser erblichen Erscheinung. Wenn auch äußerliche Gründe für solche Geburten auftreten können, so sei die Hauptursache erblicher Natur. Es ergebe sich daraus die Forderung nach einer sorgfältigen Familienuntersuchung.

Stadtarzt Dr. Fängst, Dresden, erläuterte den Aufbau des öffentlichen Gesundheitswesens in einer Großstadt am Beispiel der Stadt Dresden. Während einer Sitzung im Rudolf-Heb-Kinderspital, das* befristet wurde, äußerte sich der Leipziger Stadtarzt Dr. Fischer über das Auftreten der Weilschen Krankheit in Leipzig. Es betreffe im wesentlichen Schienenarbeiter, weil die Überträger der Krankheit in erster Linie Ratten sind, die sich in Schienenanlagen in großen Mengen aufhalten. Bei 43 v. H. aller untersuchten Ratten waren in Leipzig Spirochäten nachweisbar. Der Redner, Obermedizinalrat Dr. Marloth, Leipzig, betonte an Hand eines Filmes über den 8. Sportärztelehrgang zur Auszubildung von Sportärzten in Bad Godesberg, daß jeder Arzt so viel von Sport verstehen müsse, daß er sich jederzeit mit Erfolg an dem großen Werk der Erhaltung und Wehrhaftmachung unseres Volkes beteiligen könne.

Großzügig und niedrig

Großzügigkeit ist nicht immer mit Verschwendung gleichzusetzen, ebenso wenig Sparamkeit nicht gleichbedeutend ist mit Niedrigkeit. Deutschland soll und muß sparen, am meisten mit seinen wenigen Rohstoffen. Volksgenossen und Volksgenossinnen, es macht Euch wirklich keine Mühe, wenn Ihr auf allen Gebieten Holz sparen helft, und es sind vor allem keine Kosten damit verbunden. Wir brauchen auch das kleinste Stück Holz, denn gerade darauf kommt es an, Halter der Strohgarbe rein! Werft nicht alles gleich weg, sondern tut es in einen Behälter, dann erfüllt es wieder den Zweck als Rohstoff.

Europa im Lügenneß

Italienische Klarstellung gegenüber dem französischen Lügenfeldzug

Die unerträglichsten und bewußten Lügen über die italienische Politik in Spanien sind, erklärt der Direktor des „Giornale d'Italia“, wieder einmal aus den eigenen Reihen heraus widerlegt worden. Ausgerechnet am dem Tag, an dem Herriot auf dem Parteitag der Radikalsocialen in Lille mit großem Applaus die Frankreich angeblich in Marokko und Mallorca drohenden Gefahren hinwies, habe die französische Nachrichtenagentur Havas festgestellt, daß auf Mallorca nur Spanier anzureisen sind. Es könnte genügen, den Fälschern diesen Bericht vor Augen zu halten, wenn nicht das furchtbare Lügengewebe, mit dem Europa umgarnet sei, zu einem näheren Eingehen zwingt, denn man bediene sich dieser Lügen zur Beeinflussung der Politik, der Aufregung der Massen und zur Beirathung der Aufrüstung.

Eben diese Lügen, die die ganze Welt verunsicherten, finde man in den Reden einiger hochgestellter Persönlichkeiten wieder, die sich von Europa und seiner Schuld ein völlig falsches Bild machten. Der politische Terrorismus dieser Lügen-Campagne sei nur die Vorhut jenes bewußten Terrorismus, den Genf zwar schon so oft angeprangert habe, aber nie ausrotten werde, weil er seinen besten Nährboden in der gewohnheitsmäßigen Anwendung der Verleumdung finde.

Diese vor allem gegen Italien und Deutschland gerichteten Lügen seien das tägliche Brot jener Partei und Presse, die in Frankreich durch die Volksfront an der Verantwortung der Regierung teilhabe.

Was aber, so fragt das halbamtliche Blatt abschließend, habe Herriot in seiner Rede, mit der er seiner eigenen Regierung eine Falle stellte, um ihre Erbschaft anzutreten, sagen wollen, als er fragte, ob auch der Dodekanes und die Insel Rhodos eine Eroberung im Mittelmeer darstellten? Herriot müsse ein für allemal wissen, daß der Dodekanes ebenso wie jeder andere italienische Besitz nicht angefaßt werden dürfe. Wenn man aber in Europa unvorsichtigerweise darüber zu sprechen begänne, inwieweit die Mittelmeerbestimmungen der einzelnen Mächte die Interessen Dritter bedrohen können, so müsse man den Blick dorthin lenken, wo nicht nur allgemeine Mittelmeer-Interessen sondern auch die Interessen der eingeborenen Bevölkerung auf dem Spiel ständen, deren Behandlung im Gegensatz zu den Völkernbündlungsgrundsätzen liege.

Die übliche Verkündnislosigkeit

Ebens eigenartige Ansichten zur Kolonialfrage

In der außenpolitischen Aussprache im englischen Unterhaus erklärte Außenminister Eden: „Das Hans wird ohne Zweifel bemerkt haben, daß in den letzten Tagen ein Land, das im Ergebnis des großen Krieges beträchtliche Ländergewinne in Europa machte und ebenfalls gewisse territoriale Konzessionen in Afrika von Ländern erwartete, die seine Alliierten während des Weltkrieges waren, sich nun zum Vorkämpfer für Deutschlands Forderungen nach afrikanischem Besitz macht. Ich wünsche, im Anacbild bezüglich dieser Forderungen nichts hinzuzufügen, soweit Deutschland und wir selbst betroffen sind. Aber ich muß nun deutlich erklären, daß wir das Recht, an uns Forderungen zu stellen, an keine Regierung zugehen, solange keine Beweise dafür vorhanden sind, daß diese Regierung bereit ist, auch ihrerseits einen Beitrag zu leisten.“

Aus diesen Ausführungen ist ersichtlich, daß Eden, was die Behandlung des durch seine oberflächliche Handbewegung zu erlebigen deutschen Kolonialanspruches angeht, nichts hinzulernte.

Eden befähigt Moskaus Einmischung

Eden wandte sich gegen die Kritik an dem Abkommen von Nyon und äußerte sich über den Kampf in Spanien. Eden nahm auf einen langen Moskauer Bericht des „Daily Telegraph“ Bezug, in dem mitgeteilt wurde, daß Sowjetspanien der dritte beste Kunde Sowjetrusslands ist. Auf der Volkswirtschaftlichen Seite in Spanien kämen große Mengen von Kriegsmaterial an, erklärte Eden. Sowjetrussische Tanks und Flugzeuge hätten auf der Seite Valencias eine wichtige Rolle gespielt. Die Schwierigkeiten der Volkswirtschaft in Nordspanien seien nicht auf Mangel an Kriegsmaterial zurückzuführen sondern auf die Unfähigkeit, von ihm Gebrauch zu machen. Eden meinte, es sei nicht zu bestreiten, daß ohne ausländische Einmischung der Krieg längst vorbei sein würde.

Auch Transjordanien in Unruhe

Wie aus Amman gemeldet wird, sind im Norden Transjordanien Unruhen ausgebrochen. Am Sitz des Gouverneurs in Heiloun und in der Nähe der Militärposten von Karame und Balfour kam es zu Schießereien.

Ungarn den Ungarn

„Ungarn wird national, christlich und ungarisch sein!“

Am Totengebentag, der in Ungarn als staatlicher Feiertag begangen wird, gedachte die Regierungspresse in Trauer und Empörung der marxistischen Revolution am 18. Oktober 1918, die eines der traurigsten Kapitel der ungarischen Geschichte, die monatelange blutige Kommunistenherrschaft einleitete, der auch der führende ungarische Staatsmann der Vorkriegs- und Kriegszeit, Ministerpräsident Graf Stephan Tisza, zum Opfer fiel.

Das führende Regierungsblatt „Küggetlenseg“ schreibt, am 31. Oktober hätten sich kraußhaarige Agitatoren wie die Ratten auf die heimkehrenden Frontsoldaten gestürzt und den Kämpfern die im Kampf für das Vaterland geweihten Gewehre entzogen. Zur gleichen Zeit habe eine Herde von Menschenschindern das von den Freimaurern gefüllte Todesurteil an dem großen ungarischen Staatsmann Graf Stephan Tisza vollstreckt. Diese Jahreswende sei nun der Tag, an dem Ungarn Rechenschaft fordere von denen, die sich heute noch als die Verfassungskämpfer ausgeben. „Wir rechtsgerichtete Ungarn“ schließt das Blatt, „wir Frontsoldaten werden Aufständische im Kampf gegen den Kommunismus, werden erwachende Ungarn und Rassenkämpfer, wir werden nicht verassen und niemals vergehen. Wir werden unsere Verfassung zu schützen und weiterzubauen wissen. Ungarn wird national, christlich und ungarisch sein.“

Riesenfeuer in Rotterdam

Am Hafen von Rotterdam brannten vier große Lagerhäuser, die einen Gebäudeblock von 150 Meter Länge und 50 Meter Breite bildeten, nieder. Das Feuer fand in den großen Mengen Tabak, Kaffee, Sperrohrt, Chinesen-Haar, Oelen und fetten reiche Nahrung. Der Schaden wird auf 2,5 Millionen Gulden geschätzt.

Ueber die Entstehungsursache des Großfeuers, eines der größten in Rotterdam, konnten noch keine Angaben gemacht werden; doch nimmt man an, daß es sich um Selbstentzündung der Lagerbestände handelt.

Eisenbahnunglück bei Calais

Am Montag entgleiste kurz vor Calais der Schnellzug Brüssel-Calais. Die Lokomotive, der Tender und der erste Reisewagen sprangen aus den Schienen, stürzten um und legten sich quer über die Gleise. Ueber Ursache des Unglücks und Zahl der Todesopfer ist noch nichts Näheres bekanntgeworden, doch sollen der Lokomotivführer, der Heizer und ein Reisender getötet worden sein.

Gnadengesuche zur Parteiaufnahme zwecklos

Der Chef der Kanzlei des Führers, Reichsleiter Bouhler, gibt bekannt:

Bei Forderung der Mitgliedsperre für die Partei ist der Kreis der zur Aufnahme Berechtigten genau festgelegt worden. Darüber hinaus erstreben zahlreiche Volksgenossen, bei denen die Voraussetzungen zur Aufnahme nicht vorliegen, auf Grund von Gnadengesuchen die Mitgliedschaft zur Partei. Es handelt sich hierbei überwiegend um ehemalige Mitglieder von Freimaurerlogen oder logenähnlicher Vereinigungen. Gnadengesuchen der obenbezeichneten Art muß der Erlösa verweigert werden, da Neuaufnahmen nur im Rahmen der erlassenen Bestimmungen erfolgen. Die Einreichung derartiger Gnadengesuche ist daher zwecklos.

Zum Generalforsmeister ernannt

Der Führer und Reichkanzler hat auf Vorschlag des Reichsforsmeisters Generalsobers Göring den braunschweigischen Staatsminister Friedrich Wipers zum Generalforsmeister und Staatssekretär im Reichsforsamt ernannt.

Staatssekretär von Reubell ist in den einseitigen Aufstand versetzt worden und findet als Generalforsmeister für den Waldbau weitere Verwendung beim Reichsforsmeister.

